ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Bardt, Hubertus; Schaefer, Thilo

Article

Aktuelle Energiekostenkrise und historischer Ölpreisschock im Vergleich

IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:
German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Bardt, Hubertus; Schaefer, Thilo (2024) : Aktuelle Energiekostenkrise und historischer Ölpreisschock im Vergleich, IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 51, Iss. 1, pp. 45-50,
https://doi.org/10.2373/1864-810X.24-01-06

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/295157

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

IW-Trends

Aktuelle Energiekostenkrise und historischer Ölpreisschock im Vergleich

Hubertus Bardt / Thilo Schaefer

IW-Trends 1/2024

Vierteljahresschrift zur
empirischen Wirtschaftsforschung
Jahrgang 51

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

Postfach 10 19 42
50459 Köln
www.iwkoeln.de

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

Twitter
@iw_koeln

LinkedIn
@Institut der deutschen Wirtschaft

Facebook
@IWKoeln

Instagram
@IW_Koeln

Verantwortliche Redakteure

Prof. Dr. Michael Grömling
Senior Economist
groemling@iwkoeln.de
0221 4981-776

Holger Schäfer
Senior Economist
schaefer.holger@iwkoeln.de
030 27877-124

Alle Studien finden Sie unter www.iwkoeln.de

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über lizenzen@iwkoeln.de.

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2024
Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH
Postfach 10 18 63, 50458 Köln
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-450
iwmedien@iwkoeln.de
iwmedien.de

Aktuelle Energiekostenkrise und historischer Ölpreisschock im Vergleich

Hubertus Bardt / Thilo Schaefer, Februar 2024

Stichwörter: Energiepreisschock, Ölkrise, Import
JEL-Klassifikation: E30, Q41, Q43

DOI: 10.2373/1864-810X.24-01-06

Geopolitische Ursachen von Energiekrisen

Knapp 50 Jahre nach der ersten Ölkrise hat erneut ein massiver Anstieg der Energiepreise die deutsche Konjunktur in Mitleidenschaft gezogen. Beide Ereignisse sind durch kriegerische Auseinandersetzungen ausgelöst und machen deutlich, wie sich militärische Konflikte und geopolitische Verwerfungen auf Dritte und die gesamte Weltwirtschaft auswirken können. Die Ölkrise Mitte der 1970er Jahre war die direkte Folge des Jom-Kippur-Kriegs. Nach dem Angriff Syriens und Ägyptens auf Israel im Oktober 1973 folgte eine Boykottentscheidung der Organisation der erdölexportierenden Länder (OPEC) gegenüber den westlichen Ländern, die sich aufseiten Israels gestellt hatten. Stark steigende Energiekosten und Rezession waren die wirtschaftliche Konsequenz (SVR, 1974). Auch bei Energieangebot und -verbrauch gab es erhebliche strukturelle Veränderungen infolge der veränderten Preisrelationen (Matthies, 1983).

Die Gaspreiskrise 2022 deutete sich bereits durch Angebotsengpässe bei gleichzeitig steigender Nachfrage infolge der wirtschaftlichen Erholung nach der Corona-Pandemie im Jahr 2021 an. Sie erreichte jedoch infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine und die danach eingestellten Gaslieferungen an den Westen ihren Höhepunkt mit zu dem Zeitpunkt schwer abschätzbaren Konsequenzen (Pittel et al., 2022). Beide Krisen

Dieser Beitrag ist Teil einer Serie zum 50-jährigen Bestehen der Zeitschrift IW-Trends. Die Beiträge reflektieren die heutige wirtschaftliche Lage im Kontext der Energiekrise im Vergleich mit der Situation Mitte der 1970er Jahre kurz nach der ersten Ölpreiskrise.

sorgten für stark gestiegene Energiepreise – im Jahr 2022 kamen durch die hohe Bedeutung von Erdgas in der Strompreisbildung auch stark gestiegene Strompreise hinzu – und sie führten zu erheblichen Einsparanstrengungen in Deutschland: 1973 kam es zu autofreien Sonntagen, 2022 wurde die Produktion von gas- und energieintensiven Produkten wie Ammoniak oder Aluminium stark zurückgefahren.

Entwicklung der deutschen Energieimportrechnung

Im Zeitablauf unterliegen die Importkosten der Volkswirtschaft für Öl und Gas deutlichen Schwankungen. Dabei müssen zum einen auch Ölprodukte berücksichtigt werden, die mit dem Rohölpreisanstieg unmittelbar teurer werden. Zum anderen müssen Ausfuhren abgezogen werden, die besonders durch die geografische Lage Deutschlands als Transitland relevant sind. Deshalb werden für eine Vermessung der Energiepreiseffekte die Nettoimporte von Energie berücksichtigt.

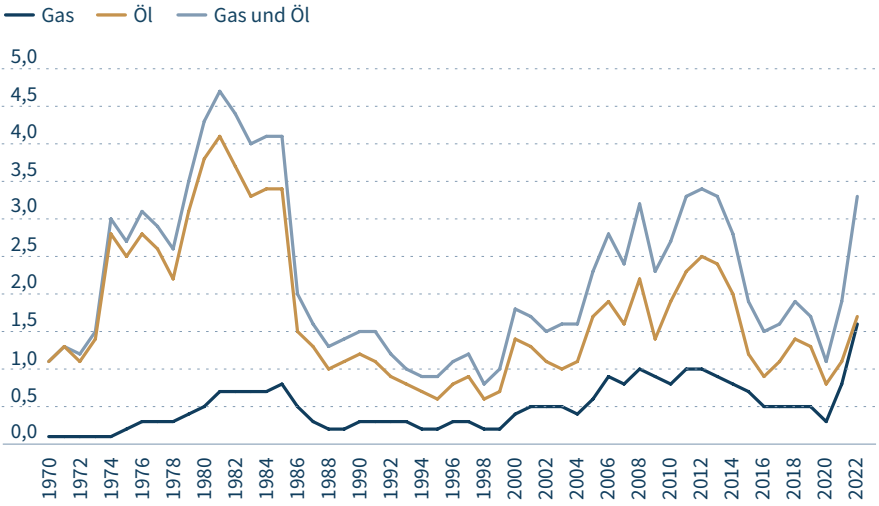
Das relative Kostenniveau der Energieimporte als Anteil am nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag nach der zweiten Ölkrise Ende der 1970er Jahre mit bis zu fast 5 Prozent besonders hoch und blieb bis Mitte der 1980er Jahre bei über 4 Prozent (Abbildung, oberer Teil). Vor den Preisschocks lag der Anteil bei gerade einmal gut 1 Prozent. Während und nach der ersten Ölkrise Mitte der 1970er Jahre summierten sich die Nettoimporte auf knapp unter 3 Prozent des BIP, bevor sie wieder auf rund 1 Prozent gefallen sind. Das Niveau der ersten Ölkrise wurde vor und nach der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/2009 erst wieder übertroffen. 1 Prozentpunkt war zu diesem Zeitpunkt bereits auf Nettogasimporte zurückzuführen und damit nicht Konsequenz hoher Weltmarktpreise, sondern der politisch gewollten Substitution fossiler und nuklearer Energieumwandlungskapazitäten durch einen hohen Anteil russischen Erdgases.

Mit der Gaspreiskrise 2022 wurden das gesamte Belastungsniveau vom ersten Ölpreisschock sowie die zehn Jahre zuvor erfahrene Größenordnung in Höhe von gut 3 Prozent am BIP wieder erreicht. Der Unterschied zu den früheren Energieschocks ist jedoch, dass das hohe Kostenniveau nicht nur durch Öl, sondern besonders durch die hohen Gaspreise verursacht ist. Allein die Nettogasimporte kamen zuletzt auf einen Wert von

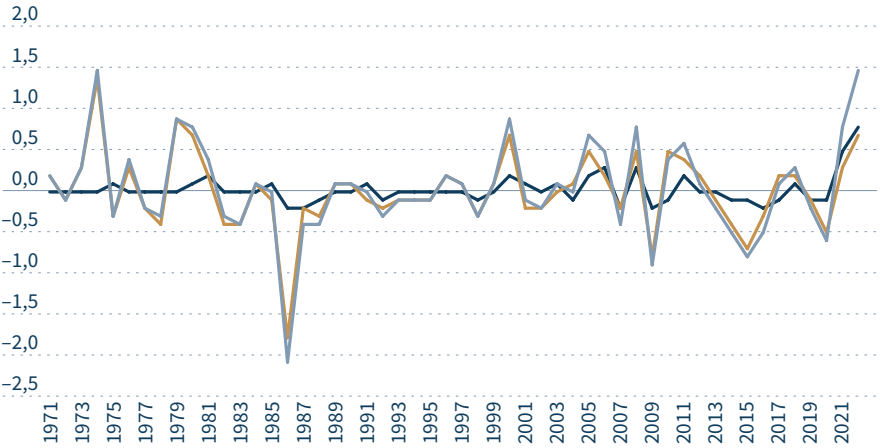
Bedeutung der Gas- und Ölpreise für die deutsche Wirtschaft

Abbildung

Anteil der Nettoimporte von Gas, Öl und Ölprodukten am nominalen BIP in Prozent



Jährliche Veränderung der Nettoimporte von Gas, Öl und Ölprodukten am nominalen BIP in Prozentpunkten



Quellen: en2x; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung: http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/QdzLq3yPgX5JBsi

1,5 Prozent, beim Öl waren es mit 1,7 Prozent nur wenig mehr. Im Corona-Jahr 2020 lagen die Gesamtausgaben für beide Energieträger nur bei 1,1 Prozent des BIP.

Die erste Ölkrise Mitte der 1970er Jahre war herausragend durch die Schockwirkung, die von einem starken Anstieg der Ölpreise gemessen am vorherigen niedrigen Preisniveau verursacht wurde. Die Mehrkosten der Nettoimporte für Öl und Gas beliefen sich gegenüber dem Vorjahr auf 1,5 Prozentpunkte des nominalen BIP (Abbildung, unterer Teil). In der zweiten Ölkrise Ende der 1970er Jahre waren es zwei aufeinanderfolgende Jahre mit Anstiegen von jeweils knapp 1 Prozentpunkt des BIP, die sich zu hohen Belastungen kumulierten. Weitere Anstiege von über 0,5 Prozentpunkten des BIP im Jahresvergleich waren in den letzten beiden Jahrzehnten nicht selten, aber immer durch deutliche Rückgänge im Folgejahr begleitet.

In der Veränderung zum Vorjahr wird die besondere Belastung der Gaspreiskrise 2022 sichtbar. So sind die Gesamtimporte (Öl und Gas) im Jahr 2022 um 1,4 Prozentpunkte des BIP angestiegen und damit fast so stark wie in der ersten Ölkrise Mitte der 1970er Jahre. Bereits im Jahr 2021 kam es zu spürbaren Mehrbelastungen von 0,7 Prozentpunkten des BIP. Kumuliert über die beiden Jahre 2021 und 2022 sind die Mehrkosten mit einem Plus von 2,1 Prozentpunkten des BIP höher als in den beiden Jahren 1973 und 1974 (1,8 Prozentpunkte) und annähernd so hoch wie in den drei Jahren 1979 bis 1981 (2,2 Prozentpunkte). Während Ölpreisänderungen immer Belastungsschwankungen mit sich brachten, waren es zuletzt die Gaspreise, die eine solche Wirkung verursachten. Trotz einer deutlichen Verbrauchsminderung erhöhte sich allein die Gasrechnung im Jahr 2022 um 0,8 Prozentpunkte des BIP, in der Summe der Jahre 2021 und 2022 um 1,2 Prozentpunkte des BIP. Aufgrund der Durchwirkung auf den Strompreis ist dies für die industrielle Produktion besonders bedeutsam, während sich der Mineralölpreis stärker im Verkehrssektor niederschlägt. Gleichwohl trug auch der Ölpreisanstieg in der aktuellen Krise zur Mehrbelastung bei – kumuliert über die Jahre 2021 und 2022 um 1 Prozentpunkt des BIP.

Wirtschaftspolitische Reaktionen im Vergleich

In der Konsequenz kam es sowohl in der ersten Ölkrise als auch heute zu einem Konjunktureinbruch. Auf Basis von Jahreswerten rutschte die deutsche Wirtschaft

im Jahr 1975 wie auch im Jahr 2023 in eine Rezession. Die gestiegenen Energiepreise trieben die Inflationsrate damals wie heute in ähnliche Höhen. Unterschiedlich war jedoch die Reaktion der Wirtschaftspolitik: Während die erste Ölkrise mit einem nachfrageorientierten Konjunkturprogramm noch weiter angefacht wurde, reagierte die Bundesregierung 2022 mit Preisbremsen. Energiepolitisch kam es in beiden Krisenzeiten neben Aufrufen zum Energiesparen zu Veränderungen im Energieträgermix. In der Folge der Ölkrise Mitte der 1970er Jahre bekam der effiziente Einsatz von Energie eine höhere Bedeutung, die Kernkraft wurde deutlich ausgebaut und Erdgas spielte zur Wärmeerzeugung eine zunehmend wichtigere Rolle.

Der Wegfall der russischen Gasimporte im Gefolge der aktuellen geopolitischen Lage hat zum einen dazu geführt, dass Deutschland viel weniger Gas an andere Länder weiterleitet als zuvor. Zum anderen kommt es zu einem Aufbau von eigenen Kapazitäten für den Import von Flüssiggas (LNG). In Kombination mit einem Verbrauchsrückgang konnte so die Gasversorgung sichergestellt werden, allerdings zu höheren Preisen als zu Zeiten des russischen Pipelinegases. Dies verteuert die Transformation des Energieerzeugungssystems, bei dem die Kernkraft- und Kohlekapazitäten zur Stromerzeugung bereits reduziert wurden, bevor eine Versorgung durch erneuerbare Energien sichergestellt wurde. In dieser Übergangsphase spielt Gas nicht nur in der Wärme-, sondern auch in der Stromerzeugung eine wichtige Rolle. Sowohl der Ausbau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen als auch der Ausbau der für eine hohe Versorgungssicherheit notwendigen Netze und Speicher bleibt hinter den Notwendigkeiten zurück. Auch strombasierter grüner Wasserstoff, der den Energieträger Gas besonders dort ersetzen soll, wo eine Elektrifizierung nicht oder nur sehr aufwendig möglich ist, lässt auf sich warten (Hüther et. al., 2023). Die für einen späteren Wasserstoffeinsatz vorbereiteten Gaskraftwerke stehen noch nicht in dem für 2030 geplanten Umfang zur Verfügung, um bei geringer Einspeisung aus erneuerbaren Energien und weggefallenen fossilen Erzeugungskapazitäten die Stromversorgungssicherheit zu gewährleisten.

In einem von politischen Rahmensetzungen geprägten Energiemarkt hat die Verknappung und infolgedessen Verteuerung von Erdgas bislang nicht dazu geführt, dass klimafreundliche Energieträger schneller höhere Anteile gewinnen. Da mit der Elektrifizierung von Industrieprozessen, Heizungsanlagen und Fahrzeugen der Strom-

bedarf trotz Effizienzgewinnen steigen wird, ist bereits absehbar, dass die Stromerzeugungskapazitäten angesichts begrenzter Flächen nicht ausreichen werden, um auch hierzulande Wasserstoff in geplantem Umfang zu erzeugen. Hier sehen alle gängigen Transformationsszenarien hohe Importanteile vor, durch die auch entsprechend neue Importabhängigkeiten entstehen werden. Nach den Erfahrungen der hohen Abhängigkeit von russischem Erdgas wird es dabei auf eine hohe Diversifizierung der Importländer und damit der Risiken ankommen müssen.

Literatur

Hüther, Michael / Küper, Malte / Schaefer, Thilo, 2023, Zukunft Erdgas. Wie viel brauchen wir noch und was kommt dann?, IW-Policy Paper, Nr. 5, Köln

Matthies, Klaus, 1983, Zehn Jahre nach der ersten Ölkrise: Rückblick und Ausblick, in: Wirtschaftsdienst, 63. Jg., Nr. 9, S. 454–457

Pittel, Karen / Zimmer, Markus / Lippelt, Jana / Pfeiffer, Johannes / Schulenburg, Leopold von der, 2022, Gaskrise 2022: Wo stehen wir, und was können wir tun?, in: ifo Schnelldienst, 75. Jg., Nr. 9, S. 8–19

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 1974, Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise. Sondergutachten vom 17. Dezember 1973, Wiesbaden